Berlin aktuell

Die politische Lage in Deutschland

Ausgeglichener Haushalt ist historischer Erfolg

Koalitionsvertrag umsetzen, Zukunft vernünftig gestalten

Mit dem Bundeshaushalt 2015 haben wir in dieser Woche Geschichte geschrieben: Zum ersten Mal seit 45 Jahren wird der Bund ohne neue Schulden auskommen. In der nüchternen Sprache des Haushaltsrechts liest sich der entscheidende Satz so: „*Im Haushaltsjahr 2015 nimmt der Bund keine Kredite zur Deckung von Ausgaben auf.*“ Und noch ein zentrales Versprechen der Union lösen wir mit diesem Haushalt ein: Wir sorgen dafür, dass die Ausgaben des Bundes ohne Steuererhöhungen finanziert werden.

Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass uns dies gelungen ist. Denn wir hatten auf der Grundlage eingetrübter Wirtschafts- und Konjunkturaussichten zusätzliche Ausgaben etwa beim Arbeitslosengeld II, den Kosten der Unterkunft und dem Elterngeld zu finanzieren. Neue Ausgaben fangen wir durch Umschichtungen sowie über gesunkene Ausgaben beim Betreuungs- und Wohngeld und vor allem durch niedrigere Zinsausgaben auf. Zudem haben wir die von der Bundesregierung geplanten Gesamtausgaben noch einmal um 400 Mio. Euro gekürzt und setzen so ein weiteres starkes Signal für die Verlässlichkeit der Koalition.

Mit Abschluss des parlamentarischen Verfahrens darf der Bund im kommenden Jahr maximal 299,1 Mrd. Euro ausgeben. Das liegt noch immer unter dem Niveau von 2010. Doch wir sparen nicht nur, wir investieren auch. So haben wir z.B. die Bereiche innere Sicherheit, humanitäre Hilfe, Verkehr, Kultur und Hochwasserschutz deutlich gestärkt. Die Ausgaben für Kultur werden um rund 100 Mio. Euro erhöht beispielsweise für das Denkmalschutzprogramm für nationale bedeutsame Kulturdenkmäler und für kulturelle Investitionen durch die gesamte Republik. Außerdem werden für das geplante Museum der Moderne in der Hauptstadt 200 Mio. Euro bereitgestellt. Der Zuschuss für die Deutsche Welle wird um 7,5 Mio. Euro aufgestockt. Mit zehn Mio. Euro zusätzlich wird die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in der Ukraine unterstützt. Im Umweltressort kommt es u.a. zu einer Wiederauflage des Förderprogramms zur Nachrüstung von Dieselfahrzeugen mit einem Rußpartikelfilter mit einem Volumen von 30 Mio. Euro. Und wir bringen ein Investitionspaket in Höhe von insgesamt 10 Mrd. Euro auf den Weg, das ab 2016 gelten soll.

All das sind wirklich gute Gründe für Freude, Stolz und Dank an alle, die mit Disziplin und konzentrierter Arbeit daran mitgewirkt haben, diesen Erfolg zu erreichen. Und wir arbeiten weiter intensiv an der Umsetzung des Koalitionsvertrages. So werden wir, wie versprochen, die Tarifpluralität in geordnete Bahnen lenken. Der Gesetzentwurf von Bundesministerin Nahles zur Tarifeinheit befindet sich in der Ressortabstimmung. Gleiches gilt für die Frauenquote. Wir sind vertragstreu und setzen das um, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Darüber hinaus werden wir aber nicht gehen. Darauf kann sich auch die Wirtschaft verlassen. In diesem Zusammenhang drängen wir darauf, dass der für Wirtschaft zuständige Bundesminister bürokratische Erleichterungen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen mit einbringt. Auch beim so genannten Fracking sind wir auf gutem Wege. Bei der unkonventionellen Erdgasgewinnung ist Fracking – insbesondere bei der Schiefergasförderung – eine Technologie mit erheblichem Risikopotenzial. Die Auswirkungen auf Mensch, Natur und Umwelt sind wissenschaftlich noch nicht hinreichend geklärt. Trinkwasser und Gesundheit haben für uns absoluten Vorrang. Die vorliegenden Vorschläge der zuständigen Bundesminister setzen dies um, ohne Deutschland von den möglichen Chancen auszuschließen, die diese Technologie nach Beseitigung aller Risiken in Zukunft bieten kann.

In Thüringen dagegen schicken sich die Wahlverlierer SPD und Grüne weiterhin an, in einer Koalition mit der Linken die Erfolge aus 25 Jahren und damit die Zukunftschancen des Landes aufs Spiel zu setzen. Ein Blick in den Koalitionsvertrag reicht, um zu sehen, was die Menschen von Rot-Rot-Grün zu erwarten haben. Schon die Präambel des Koalitionsvertrages streut den Menschen

Sand in die Augen: Versprochen wird „*eine neue Kultur des Zuhörens und Mitmachens*“, aber die berechtigten Sorgen tausender Menschen und die nachvollziehbaren Bedenken dagegen, dass die Linke erstmals seit 1990 einen Regierungschef stellen soll, werden überhört.

Inhaltlich setzen Linke, SPD und Grüne auf alte Ladenhüter wie ihr Bekenntnis zu Steuererhöhungen und zur Wiederbelebung der Vermögensteuer. Sie verlangen Geld vom Bund und halten es für eine Landesaufgabe, einen neuen Wohlfahrtsindex zu entwickeln. Die Ministerien sollen durch Beiräte aufgebläht werden. Verantwortungsvolle Politik für die Zukunft sieht anders aus.

Internationale Lage weiterhin bedrückend.

Überhaupt nicht entspannt hat sich die Situation in der Ukraine. Unsere Bundeskanzlerin hat nach den Gesprächen in Australien deutliche Worte gefunden. Moskau verletzt die territoriale Integrität und die staatliche Souveränität des Nachbarlandes. Sie hat klar und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass das Ziel ihrer Politik die Durchsetzung der Stärke des Rechts gegen das vermeintliche Recht eines Stärkeren ist. Wir werden einen langen Atem brauchen. Aber der Bruch von Völkerrecht kann und darf nicht hingenommen oder bagatellisiert werden. Wer die europäische Friedensordnung infrage stellt und internationales Recht mit Füßen tritt, darf damit keinen Erfolg haben.

Auch die Situation im Nahen Osten macht uns weiter große Sorgen. Die große Zahl von Menschen, die vor den Mörderbanden der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) flüchten musste, braucht unsere volle Solidarität. Und vor allem tätige Hilfe. Deutschland ist hier vorbildlich und intensiv engagiert. Nach wie vor geht es darum, die europäischen und internationalen Hilfsangebote umzusetzen.

Ein Hoffnungszeichen ist die Erklärung der führenden Vertreter der Religionsgemeinschaften aus Ägypten, Jordanien, Libanon und Saudi-Arabien. Die Vertreter der Religionsgemeinschaften betonen zu Recht, dass niemand wegen seines religiösen Bekenntnisses verfolgt werden darf. Damit machen auch geistliche Führer der islamischen Welt klar, dass die Lehren des Islam keine Grundlage für das grauenvolle und menschenverachtende Vorgehen der sogenannten Dschihadisten bieten dürfen.

Die Woche im Parlament

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015. Nachdem wir den Finanzplan des Bundes für die Jahre 2014-2018 und die Etats für das Bundespräsidialamt, den Deutschen Bundestag und den Bundesrat in 2. Lesung festgelegt hatten, begann die Aussprache zu den übrigen Einzelplänen. Dabei hat der nähere Blick gezeigt, dass unsere haushaltspolitischen Ziele weit über das Beenden der jahrzehntelangen Verschuldungspolitik hinausreichen. Mit zusätzlichen Investitionen, insbesondere in die öffentliche Infrastruktur und Energieeffizienz, stärken wir das Fundament für weiteres Wachstum und damit für mehr Beschäftigung. Investitionsanstieg, aber keine neuen Schulden – das sind gute Nachrichten für die nachfolgenden Generationen.

Das Ergebnis der parlamentarischen Beratungen lässt sich für die einzelnen Ressorts u.a. wie folgt zusammenfassen:

Gesundheit. Für das Gesundheitsministerium sah der Regierungsansatz Ausgaben in Höhe von rund 12 Mrd. Euro vor. Wir haben diesen Etat noch einmal um knapp 11 Mio. Euro erhöht. Akzente haben wir bei der Bekämpfung neuer Infektionskrankheiten, der Kindergesundheit und der Drogenprävention gesetzt. Weitere Mittel wird es auch zur Förderung der Gesundheit von Flüchtlingen in Deutschland geben.

Inneres. Der Haushalt des Bundesinnenministeriums erhält nach Empfehlung des Haushaltsausschusses gegenüber dem Regierungsentwurf einen Aufwuchs um 460 Mio. auf rund 6,2 Mrd. Euro. Wir stärken damit entschieden die innere Sicherheit. Die Bundespolizei erhält neue Stellen, Fahrzeuge sowie Einsatz- und Schutzbekleidung. Für mehr Sicherheit in den IT-Netzen des Bundes stehen in den nächsten Jahren fast 500 Mio. Euro bereit. Der Etat des Bundesamtes für Verfassungsschutz wird um rund zehn Prozent erhöht. Auch haben wir der Bundeszentrale für politische Bildung zusätzliche Mittel für ihre Arbeit im Bereich politischer und religiöser Extremismus (Deradikalisierung) zur Verfügung gestellt.

Verteidigung. Wir werden den Regierungsentwurf um 713 Mio. Euro steigern, so dass unsere Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen knapp 33 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Die weltweite Sicherheitslage erfordert auch finanziell ein Umdenken, was den Stellenwert der Bundeswehr angeht. Mit der Umsetzung der Streitkräftereform geht es jetzt um die Steigerung der Attraktivität der Bundeswehr sowie ihre Stärkung im Rahmen internationaler Einsätze. Ein weiterer ganz wesentlicher Schwerpunkt sind die großen militärischen Beschaffungsmaßnahmen.

Wirtschaft und Energie. Für den Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie stehen 7,3 Mrd. Euro bereit. Das sind 182 Mio. Euro mehr als im Regierungsentwurf. Bei diesem Etatansatz schlägt zu Buche, dass das Ministerium seit dieser Wahlperiode auch für die Gestaltung der Energiewende verantwortlich ist. Es

wird aber auch der neue Titel „Innovationsprogramm zur Unterstützung der Diversifizierungsstrategien von Unternehmen der Verteidigungswirtschaft in zivile Sicherheit“ eingeführt. Überdies wird die Förderung der Forschungsinfrastruktur aufgestockt. Im Bereich der energetischen Gebäudesanierung werden die Zuschüsse der KfW-Bankengruppe an die aktuelle Bedarfsschätzung angepasst und deutlich erhöht, nämlich um 147 auf 686 Mio. Euro.

Bildung und Forschung. Die zusätzlich zum Regierungsentwurf gebilligten 8,5 Mio. Euro ermöglichen unserer Bundesministerin Prof. Dr. Johanna Wanka Gesamtausgaben von 15,3 Mrd. Euro. Durch Ausweitung der qualitativ hochwertigen zweiwöchigen Berufsorientierungsmaßnahmen wollen wir Ausbildungs- und Studienabbrüchen vorbeugen. Überbetriebliche Berufsbildungsstätten erhalten ebenfalls einen Aufwuchs. Vor allem stärken wir auch merklich die Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsorientierung. Zusätzliche Impulse für die Forschung setzen wir bei den Fachhochschulen sowie der Produktions- und Dienstleistungsforschung.

Arbeit und Soziales. Der bei weitem größte Einzelhaushalt wird im kommenden Jahr 125,5 Mrd. Euro betragen. Das sind 704 Mio. Euro mehr als vom Kabinett beschlossen. Da der überwiegende Anteil durch gesetzliche Verpflichtungen gebunden ist, bleibt nur ein geringer Spielraum für veränderte politische Schwerpunktsetzungen. Im Wesentlichen kommt es zu ausgabenerhöhenden Anpassungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, der Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie des Arbeitslosengeldes II. Zusätzliche Personalausgaben fallen durch die Einrichtung der Geschäftsstelle der Mindestlohnkommission an.

Ernährung und Landwirtschaft. Der Haushaltsausschuss billigt gegenüber dem Regierungsentwurf Mehrausgaben in Höhe von 31,7 Mio. Euro, so dass diesem Ressort im kommenden Jahr 5,35 Mrd. Euro zur Verfügung stehen. Besonders hervorzuheben ist ein neuer Haushaltstitel über 20 Mio. Euro, der auf unsere Initiative für Maßnahmen zum präventiven Hochwasserschutz eingerichtet wird.

Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Dieser Etat wird sich im kommenden Jahr auf knapp 3,9 Mrd. Euro bemessen. Angesichts seines hohen Niveaus konnten wir den Regierungsentwurf unter dem Strich um 50 Mio. Euro verringern. Das Städtebauförderungsprogramm wird fortgeführt, der Ansatz für Wohngeld von 500 auf 630 Mio. Euro deutlich erhöht. Das im letzten Jahr neu aufgelegte Programm „Altersgerecht Umbauen“ wird mit rund 12 Mio. Euro für Investitionszuschüsse fortgeführt. In der Bereinigungssitzung wurde ein neuer Titel „Modellvorhaben für den Bau von Pflege- und Sozialeinrichtungen für Senioren, insbesondere mit Migrationshintergrund“ ausgebracht.

Verkehr und digitale Infrastruktur. Der Haushaltsausschuss hat diesen investitionsstarken Etat in der Bereinigungssitzung um 150 Mio. auf 23,3 Mrd. Euro erhöht. Im Bereich der digitalen Infrastruktur wird das Beratungs-, Koordinations- und Informationsangebot gestärkt, das vom Markt allein nicht erbracht werden kann. Die Umsetzung erfolgt Mithilfe des Breitbandatlas, des Breitbandbüros und über spezielle Internetseiten. Im Verkehrsbereich stellen wir jeweils 10 Mio. Euro für Lärmschutzmaßnahmen an Bundesfernstraßen und Schienenwegen zur Verfügung. Zudem wird ein Programm zur Stärkung der Investitionskraft der Deutschen Flugsicherung (DFS) aufgelegt, um die Wettbewerbsfähigkeit des Luftfahrtstandortes Deutschland zu erhalten. Weitere Akzente betreffen die Bereiche Verkehrserziehung und Radwege.

Die Koalition hat mit diesem Haushalt ihre Schwerpunkte definiert und politische Impulse gesetzt, ohne von der haushaltspolitischen Gesamtlinie abzuweichen: Keine Steuererhöhungen, keinen neuen Schulden. Das Plenum des Deutschen Bundestags wird das Haushaltsgesetz 2015 am Freitag in 3. Lesung verabschieden.

Daten und Fakten

Deutschland ist angesehenste Nation. Dem Anholt-GfK Nation Brands Index zufolge ist Deutschland im Jahr 2014 die beliebteste Nation der Welt. Der Index basiert auf über 20.000 Interviews in 20 Ländern und beurteilt das Image von 49 entwickelten Ländern und Schwellenländern in den Kategorien Exporte, Regierung, Kultur, Bevölkerung, Tourismus sowie Immigration/Investitionen. Deutschland überholt in diesem Jahr den seit 2009 unangefochtenen Spitzenreiter USA. Beigetragen hat dazu vor allem die Leistung der deutschen Nationalmannschaft bei der Fußball-Welt-meisterschaft. Der Zugewinn in der Rubrik „sportliche Spitzenleistung“ war höher als jede Punktsteigerung, die andere Länder in einem der möglichen Teilbereiche erreichten. Auch Deutschlands Führungsrolle in Europa, die starke Wirtschaft sowie die international kontinuierlich wahrgenommene politische Verantwortung wirkt sich auf den Index aus. So ist Deutschlands Punktzahl im Bereich „ehrliche und kompetente Regierung“ gestiegen. In den Bereichen „Investitionsklima“ und „soziale Gleichheit“ belegt Deutschland Platz eins. *(Quelle: Anholt-GfK Nation Brands Index*

Dr. Maria Flachsbarth, MdB
Parlamentarische Staatssekretärin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 7 46 66
Fax: (030) 227 7 66 66
www.flachsbarth.info